

Weder postmaterialistisch noch national

Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl
am 2. Dezember 1990

Ursula Feist, Diplom-Psychologin, ist Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Bonn-Bad Godesberg.

Gerade vier Wochen nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, die mit einem Desaster für das linke Lager und mit einer Bestätigung für die Regierungsparteien in Bonn endete, hat die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft erste politische Konsequenzen aus dem Wahlausgang gezogen. Ganz gegen die alte Schlachtordnung bot der Vorsitzende Franz Steinkühler der Bundesregierung für die nächsten Jahre im deutsch-deutschen Einheitsalltag gewerkschaftliche Unterstützung an, sofern aus Bonn kreative Vorschläge zur Zukunftsgestaltung kämen.

Nichts könnte die Krise, die der deutsche Einigungsprozeß in den traditionellen Institutionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung offengelegt hat, besser beleuchten. Die mächtige IG Metall traut der eigenen Organisationskraft kein ausreichendes Gegengewicht mehr zu; sie setzt vor allem aber auch nicht auf jene Kraft, mit der man sich aus historischer Gemeinsamkeit bisher verbunden wußte: die Sozialdemokratie. In der Sorge um die Sicherung von Arbeitnehmerinteressen und deren Einfluß bahnt sich eine neue Kooperation an. Geht es doch in nächster Zeit um nichts Geringeres als die größte gesellschaftliche Umverteilung seit Kriegsende, um die Beseitigung der Kriegsfolgen, die im sozialistischen Staat des geteilten Deutschlands - irreversibel für das System - zu Mißwirtschaft, ökologischen Mißständen, ziviler Unkultur und politischer Unterdrückung geführt hatten; es geht um die gerechte deutsche Einheit.

War der Wahlausgang am 2. Dezember 1990 nur das Ergebnis einer langanhaltenden nationalen Stimmungswoge oder rationale Wählerentscheidung über die besseren Architekten der deutschen Einheit? Sind Union und FDP als

historische Parteien des bundesdeutschen Wiederaufbaus dabei die kompetenteren Garanten für Angleichung und Modernisierung der Lebensverhältnisse unter den Prämissen der sozialen Marktwirtschaft in Ost und West? Liegen die Ursachen für das Scheitern von SPD und Grünen in Fehlern des letzten Jahres, oder reichen die Gründe weiter zurück? Sind beide Parteien für ihre Haltung in der deutschen Frage bestraft worden oder für Fehlentwicklungen in der Vergangenheit? Signalisiert der Wahlausgang im vergrößerten Deutschland, daß die alten sozialen Determinanten des Wahlverhaltens (Konfession und kulturelle Milieubindung; Wirtschafts- und Produktionsbedingungen; Stadt-Land-Gefälle; Zentrum-Peripherie-Lage) an Gewicht verlieren? Ist ein neuer, die Gesellschaft spaltender oder politisierender Konflikt mit der deutschen Einheit vorprogrammiert? Diese Fragen leiten die folgende Analyse.

Stimmungsfaktoren im Einheitsjahr 1990

Die deutsche Einheit hat die politische Agenda des ganzen Jahres 1990 maßgeblich bestimmt. Auch im Bewußtsein der Bevölkerung gab es - nur kurzzeitig unterbrochen durch die Nachrichten von der Kriegsgefahr am Golf - kein anderes Thema, das die Aufmerksamkeit ähnlich stark absorbiert hätte.

Die Entwicklung zur deutschen Einheit verlief weitgehend im Einklang mit der psychologischen Stimmung hüben und drüben. Die nachfolgenden Angaben beruhen auf inf as-Repräsentativerhebungen im alten Bundesgebiet sowie in der ehemaligen DDR. Mit wachsender Mehrheit, bis an die 90 Prozent im Laufe des Jahres, hielt man die kommende Einheit für wünschenswert. Drei Viertel im Westen sahen ihr mit Hoffnungen entgegen, obwohl sich etwa die Hälfte der Bundesbürger als Folge der Einheit auch auf Beeinträchtigungen des bisherigen Lebensstandards gefaßt machte, zu finanziellen Opfern nur zu gu' einem Drittel bereit war.

Auf andere Art zwiespältig war auch die Stimmung in der DDR: 47 Prozent richteten hoffnungsvolle Erwartungen an die deutsche Einheit. Sehr viel mehr, 79 Prozent, waren über die gegenwärtige Lage beunruhigt; zugleich gingen aber zwei Drittel davon aus, nach der Wirtschafts- und Währungsunion werde es ihnen eher besser als schlechter ergehen. Dabei war die ökonomische Stimmung, aber auch das Gefühl von existentieller Zukunftssicherheit zwischen Ost und West tief gespalten und das Gespür für das wirtschaftliche Gefälle im gesamten Deutschland weit verbreitet. Über 80 Prozent bezeichneten die Wirtschaftslage im eigenen Land, in der früheren DDR, als miserabel, ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik. Über 90 Prozent hielten eine noch größere Arbeitslosigkeit für möglich; nahezu ebenso viele betrachteten die Zukunft in der DDR mit Sorge. Nur 38 Prozent erwarteten, die Lebensverhältnisse diesseits und jenseits der alten Grenze würden sich schnell, binnen drei Jahren, einander angleichen. 69 Prozent rechneten damit, daß dies länger dauern würde. Mithin wurde die deutsche Einheit als Vehikel zur Überwindung der bisherigen Lebensverhältnisse betrachtet, als ein Instrument, über das die Bürger mit ihrer Stimmabgabe selbst verfügen könnten.

Daß mit Ausnahme der Sicherheit von Arbeitsplätzen, der Entwicklung in der Landwirtschaft und den Mietsteigerungen alle wichtigen Lebensbereiche, angefangen von Gesundheit und Umwelt, über Straßen- und Telefonnetz, bis hin zu neuer Technologie und Wirtschaftsaufschwung, künftig besser geregelt würden, war die feste Überzeugung von mindestens drei Viertel der DDR-Bevölkerung. In drei Wahlgängen, den ersten freien in der DDR, hatte eine Mehrheit für einen möglichst schnellen Einigungsprozeß votiert und sich deshalb dreimal hintereinander für die - im Kontrast zur Planwirtschaft des alten SED-Regimes - radikalste Alternative in Gestalt der bürgerlichen Parteien ausgesprochen. In der Hoffnung auf grundsätzliche Besserung war man offenbar bereit und realistisch genug, auch eine längere Durststrecke in Kauf zu nehmen.

Diese rationale Haltung spricht kaum für den viel gefürchteten und beschworenen nationalen Einheitstaumel, noch allerdings für die Bereitschaft der DDR-Bevölkerung zu ungewollter Bescheidenheit, abwartend abseits zu stehen und aus der Ferne dem Wohlleben der Brüder und Schwestern im Westen tatenlos zuzuschauen. Die Einheit in freier Selbstbestimmung hat auch einen materiellen Preis.

Mit zunehmender Gewißheit in das Unabänderliche einer schnellen deutschen staatlichen Einheit, was SPD und Grüne akzeptieren mußten (you don't get to vote on what is), wovor sie jedoch weiter unverdrossen mit dem Hinweis auf höhere Kosten warnten, wandelte sich die politische Stimmung in Deutschland. Die Bundesregierung, der 1989 noch 60 Prozent Inkompetenz bei den Regierungsgeschäften vorgeworfen hatten, erhielt nun von zwei Dritteln gute Noten. Und Helmut Kohl, über Jahre unpopulär und von der Mehrheit der Bevölkerung für unfähig gehalten, im ganzen Jahr 1989 als bevorzugter Kanzler 7 Punkte hinter Oskar Lafontaine gelegen, auch noch im ersten Quartal 1990 um 2 Punkte zurück, distanzierte nun den SPD-Herausforderer um Längen. 61 Prozent im alten Bundesgebiet, 51 Prozent in der ehemaligen DDR sprachen sich vor der Wahl für Kohl aus, nur 35 beziehungsweise 21 Prozent für Lafontaine. Mit ihrem Kurs in der Deutschlandpolitik hatten es die Regierungsparteien geschafft, Kritik und Unmut, die sich seit Jahren in der Alltagsdemokratie angestaut hatten, zum Verstummen zu bringen und sogar in Anerkennung umzumünzen. Dies setzte zugleich eine für das SPD-Lager demoralisierende Meinungsspirale in Gang: Seit dem Sommer 1990 glaubten immer weniger, am Ende nur noch 10 Prozent, an eine Siegeschance der Sozialdemokraten unter Oskar Lafontaine.

Besonderheiten des Wahlergebnisses

Die Emotionen des Einheitsjahres 1990 mit seinen global weitreichenden Folgen, der Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West, löste in der deutschen Wahlbevölkerung keine außergewöhnliche Mobilisierung aus, im Gegenteil. Bei einer mit 77,8 Prozent so geringen Wahlbeteiligung wie noch nie bei einer Bundestagswahl erlangten die Regierungsparteien in ganz

Deutschland, aber jeweils auch in den beiden getrennten Wahlgebieten, eine komfortable Mehrheit. Die Unionsparteien, die dabei so gut wie keinen Stimmenzuwachs verzeichnen konnten, mochten über ihr Abschneiden enttäuscht sein. Der Trend gegen die großen Volksparteien hatte sich auch unter den neuen Bedingungen fortgesetzt.

Auf CDU, CSU und FDP entfielen 54,8 Prozent der Stimmen, während die Parteien links der Mitte, SPD, Grüne, Bündnis 90/Grüne sowie PDS zusammen auf 41,0 Prozent kamen. Wie um das Bild einer Trümmerlandschaft auf dem linken Spektrum komplett zu machen, scheiterten die West-Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie hatten sich im vorhinein nicht auf eine gemeinsame Liste mit ihren Ost-Partnern, Bündnis 90/Grüne, verständigen wollen. In Prozent der Mandate gerechnet sieht das Verhältnis von rechtem zu linkem Lager im neuen Deutschen Bundestag noch dramatischer aus. 60 Prozent der Mandate gehören CDU, FDP und CSU, 40 Prozent halten SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne.

Ergebnis der Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990

	Deutschland %	Osten %	Westen %	Mandate
Wahlbeteiligung	77,8	74,7	78,6	–
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3	319*)
SPD	33,5	24,3	35,7	239
FDP	11,0	12,9	10,6	79
Grüne	3,9	0,1	4,8	–
B'90/Grüne	1,2	6,0	–	8
PDS	2,4	11,1	0,3	17
DSU	0,2	1,0	–	–
Rep	2,1	1,3	2,3	–
ÖDP	0,4	0,2	0,5	–
Sonstige	1,4	1,3	1,5	–

Quelle: Bundeswahlleiter

* darunter 51 Mandate für die CSU, 6 Überhangmandate für die CDU.

Stärker als soziostrukturelle Trends sind abweichende Entwicklungen in den einzelnen Regionen zu Buche geschlagen. Dazu zählt vor allem das Auseinanderfallen der Parteienentwicklung und ihrer sozialen Basis in den Wahlgebieten Ost und West, das sich schon bei der Volkskammerwahl im März abzeichnete und die künftige Wahlgeschichte im neuen Deutschland mitprägen dürfte. Zwar hat die CDU/CSU im Westen im Vergleich zu 1987 und auch im Osten im Vergleich zur Volkskammerwahl 1990 in den großen Städten etwas besser abgeschnitten als auf dem Land, in katholisch-ländlichen Gebieten sogar verloren. Umgekehrt wurde die SPD weniger auf dem Land geschwächt als in den dicht besiedelten Räumen; entsprechend hat sie mehr

an Einfluß in den Industriezonen eingebüßt als in landwirtschaftlich geprägten Gebieten. Die FDP holte ihren Zuwachs eher in den Großstädten als auf dem Land, insbesondere in den urbanen Dienstleistungszentren. Im Gegensatz zu Bündnis 90/Grüne, die in allen neuen Bundesländern recht gleichmäßig gewannen, scheiterten die Grünen in ihren eigenen Hochburgen, ähnlich der PDS, die ebenfalls dort am meisten verlor, wo sie bislang ihre Stärke hatte, in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. All diese Tendenzen spielen sich jedoch in marginalen Bandbreiten ab. Auffälliger waren die Veränderungen in den einzelnen Bundesländern. Offenbar hat das neue regionale Lageschema, das durch das größere Deutschland entstanden ist, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl Bewußtsein und Wahlentscheidung stärker beherrscht als unterschiedliche soziale Lagen. Dabei wurden die traditionellen Faktoren zur Bestimmung von Wahlverhalten zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber von der neuen Strömung deutlich überzeichnet.

In sechs der sechzehn Bundesländer hat die Union - bei im Durchschnitt leichtem Verlust im Westen, leichtem Gewinn im Osten - ihre Stellung gegenüber den Vergleichswahlen nicht halten können. In Thüringen und Sachsen-Anhalt sind die Einbußen außerordentlich, in Hamburg und Baden-Württemberg eher geringfügig, im Saarland und Bayern bewegen sie sich in der Mitte zwischen diesen Extremen. Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern besetzten im Osten das CDU-Saldo auf, im Westen hatte die CDU den relativ größten Zuwachs in den nördlichen Bundesländern, alle sozialdemokratisch regiert. Einzige Ausnahme, das schon erwähnte Hamburg. Bemerkenswert für die Stellung der CDU im Osten: Bei der Volkskammerwahl hatten 49,0 Prozent für die Parteien der damaligen Allianz (CDU, DSU, DA) gestimmt. CDU und DSU erlangten nun, am 2. Dezember 1990, zusammen nur noch 42,8 Prozent. Dabei hat die fast vollständige Auflösung des DSU-Wählerpotentials die CDU kaum gestärkt. In einem Ringtausch sind offenbar viele ehemalige CDU-Wähler in Richtung FDP abgewandert.

Die Sozialdemokraten haben die Wahlkampagne 1990 eindeutig in der alten Bundesrepublik verloren. In den östlichen Bundesländern gab es nirgendwo ein Minus gegenüber der Volkskammerwahl vom März 1990; im Westen dagegen überall mehr oder weniger starke Einbrüche. Mit einer hervorstechenden Ausnahme, das Saarland, die Heimat des SPD-Spitzenkandidaten Lafontaine, wo selbst die FDP - ansonsten überall siegreich - Federn lassen mußte. In der eigenen Provinz wurde Lafontaine offenbar Unterstützung von allen Seiten zuteil. Der Süden - tendentiell SPD-Diaspora - blieb den Sozialdemokraten stärker verbunden als der Norden, eine Warnung und Zeichen zugleich für das Abschmelzen der Bundes-SPD in ihren nördlichen, protestantisch-industriell geprägten Hochburgen auf Profil und Format der süddeutschen Sozialdemokratie.

Mit Recht kann sich die FDP als der uneingeschränkte Wahlsieger der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl fühlen. Ihr gelang es im Unterschied zur Union, aus dem Einheitsprozeß allseits Nutzen zu ziehen. Sie stabilisierte

ihren 1987 erworbenen hohen Anteil in der alten Bundesrepublik, baute ihn hier und da (Bremen, Hamburg, NRW) sogar noch beachtlich aus, krönte aber die Anstrengungen ihres Außenministers um die deutsche Einheit mit phänomenalen Zuwachsraten gerade im Osten, insbesondere in Sachsen-Anhalt, der Heimat Genschers, und in Thüringen.

Katastrophal haben die Grünen abgeschnitten. Nur noch in Bremen, Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg überwandnen sie, bei einer den Landtagswahlen vergleichbaren Wahlbeteiligung, die Fünf-Prozent-Grenze. Dabei fallen die Einbußen in jenen Ländern, von wo aus die Umweltschützer einst als Bewegung ihren Ausgang nahmen, besonders ins Auge. Das Saarland bildet hier wiederum eine Ausnahme. Die inneren Zerwürfnisse unter den Grünen, der Dauerstreit der Flügel, ein menschenmißachtender Umgang untereinander, selbst die Übernahme grüner Themen durch andere Parteien und ihr eigenes Altern hatten über viele Jahre den Ökologen wenig anhaben können. All dies repräsentierte vielmehr das Spezifische der politischen Kultur, um das

Prozent und Differenz zur Bundestagswahl 1987 (alte Bundesländer)

- Sortiert nach SPD-Veränderungen -

Westen	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
Saarland	38,1 -3,1	51,2 7,6	6,0 -0,9	2,3 -4,8
Baden-Württemberg	46,5 -0,2	29,1 -0,2	12,3 0,3	5,7 -4,2
Hamburg	36,6 -0,8	41,0 -0,2	12,0 2,4	5,8 -5,2
Bayern	51,9 -3,3	26,7 -0,3	8,7 0,6	4,6 -3,1
Hessen	41,3 0,0	38,0 -0,7	10,9 1,7	5,6 -3,9
Rheinland-Pfalz	45,6 0,5	36,1 -1,0	10,4 1,3	4,0 -3,4
Schleswig-Holstein	43,5 1,5	38,5 -1,3	11,4 2,0	4,0 -4,0
NRW	40,5 0,4	41,1 -2,1	11,0 2,6	4,3 -3,2
Niedersachsen	44,3 2,8	38,4 -3,1	10,3 1,5	4,5 -3,0
Bremen	30,9 2,0	42,5 -3,9	12,8 4,0	8,3 -6,2
Westen ohne Berlin	44,2 -0,1	35,9 -1,1	10,6 1,5	4,7 -3,5

Quelle: infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

Prozent und Differenz zur Volkskammerwahl 1990 (neue Bundesländer)

- Sortiert nach SPD-Veränderungen -

Osten	CDU	SPD	FDP	B'90/Grüne	PDS
Thüringen	45,2 -7,3	21,9 4,4	14,6 10,0	6,1 2,0	8,3 -3,1
Mecklenburg-Vorpommern	41,2 4,9	26,6 3,2	9,1 5,6	5,9 1,5	14,2 -8,6
Sachsen	49,5 6,1	18,2 3,1	12,4 6,7	5,9 1,1	9,0 -4,6
Brandenburg	36,3 2,7	32,9 3,0	9,7 5,0	6,6 1,2	11,0 -7,3
Sachsen-Anhalt	38,6 -6,0	24,7 1,0	19,7 12,0	5,3 1,3	9,4 -4,6
Osten ohne Berlin	43,4 0,7	23,6 2,8	13,4 7,9	5,9 1,4	9,9 -5,3

Quelle: infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

die Grünen das alte Parteiensystem bereichert hatten. 1990 kam jedoch einiges mehr zusammen: Ein für die grüne Klientel akzeptabler SPD-Kandidat; das Ende des Kalten Krieges und der Aufrüstung - vormals polarisierender Impuls für die Bewegung. Schließlich, vielleicht am wichtigsten, das Ende der Bundesrepublik, deren einzige und eigentlichen politischen Kinder die Grünen sind - mit der Folge verständlicher, aber unzeitgemäßer Untröstlichkeit der Grünen über diesen Verlust.

Es zeigt sich: Lafontaine gelang es mit seinem Profil einer sozial verträglichen und ökologisch verantwortlichen Politik, mit seinem bundesrepublikanisch ausgerichteten, hedonistisch-postmateriellen Politikstil, in weite Teile der seit der Entstehung der Grünen zwischen den Ökologen und der SPD schwankenden Wählerschicht einzudringen. 600 000 Stimmen hat die SPD per Saldo den Grünen wieder streitig machen können und damit erstmals den langen Auszehrungsprozeß am linken Rand gestoppt. Diese Reintegration der mit dem SPD-Kurs einstmals Unzufriedenen geschah allerdings um einen hohen Preis: Die Grünen kehrten nicht wieder in den Bundestag zurück, und die SPD selbst vermochte nicht, Gegenbewegungen an anderen Fronten aufzuhalten. 550 000 Wähler zogen sich resigniert in die Wahlenthaltung zurück, 500 000 wanderten zur Union ab, weitere 400 000 zur FDP. Das Ergebnis dieses exemplarischen Scheiterns: Die SPD steht heute - geschrumpft auf ein Drittel der Wähler - an jenem Punkt, von dem aus sie in den fünfziger Jahren vor dem Godesberger Programm als linke Volkspartei gestartet war.

Aufstieg und Abstieg der Bundes-SPD

Die Schrumpfung der Bundes-SPD auf ein Niveau, das sie nicht mal mehr mit einem einzigen kleineren Koalitionspartner mehrheitsfähig werden läßt, hat eine längere Geschichte als das Wahljahr 1990, obwohl dies der Niederlage seine eigene Aktualität hinzugefügt hat. Der SPD-Aufwärts-Trend ist seit 1972 gebrochen, als die Regierungspartei SPD erst- und einmalig in der Geschichte zur stärksten politischen Kraft aufrückte. Soziale Reformen, gleiche Bildungschancen, Ostpolitik hießen damals die Themen, die diese Wählermehrheit zustande brachten. Die daraus resultierende, oftmals als technokratisch qualifizierte Regierungskompetenz ließ die Sozialdemokraten vom Höhepunkt 1972 bis zum Regierungsende nur 2,9 Prozent verlieren; die schrittweisen Verluste verschärften sich erst in der Oppositionszeit, 7,0 Punkte zwischen 1980 und 1990.

In welchen Wählerschichten hat sich das SPD-Drama abgespielt? Fünf sozioökonomische Wählerbereiche kristallisierten sich 1965 und 1972 heraus, in denen die beiden Volksparteien unterschiedlich stark sozial verankert waren: Auf der einen Seite die Stellung als Facharbeiter und die Organisation in Gewerkschaften, die zu SPD-Nähe führten; auf der anderen Seite katholisch-kirchliche Bindungen und eine traditionelle Zugehörigkeit zur Mittelschicht, ihren Berufskreisen und Wertvorstellungen. Darüber band die CDU/CSU Wähler an sich. Dazwischen bewegte sich die neue Mittelschicht,

deren Mitglieder als soziale Aufsteiger vor allem an Bildungschancen, Leistung und Wohlstand interessiert sind. Um diese wachsende Klientel bemühten sich die großen Parteien besonders. Die alte und die neue Mittelschicht waren es, die sich 1972 vermehrt der reformorientierten SPD zuwandten, aber selbst unter der traditionsgemäß der SPD verbundenen Facharbeiterschaft und unter den gewerkschaftsnahen Angestellten und Beamten waren damals noch Mobilisierungserfolge zu verzeichnen. Nun, 1990, zeigt sich: Besonders der Arbeiterbereich und die neue Mitte haben sich von der SPD des Fortschritts '90 abgewandt. Keiner der fünf Wählerbereiche wird heute von den Sozialdemokraten noch mehrheitlich gebunden. Auch in der alten DDR stehen die Arbeitnehmer der SPD reserviert gegenüber. Weder hien noch drüben wählten Gewerkschaftsmitglieder mehrheitlich die Sozialdemokratie.

Parteipräferenz: Auf- und Abstieg der SPD

	1965 %	1972 %	1990 %	Differenz '72-'65	Differenz '90-'72
Arbeiterbereich	62	67	47	+ 5	- 20
Gewerkschaftlich organisierte Angestellte und Beamte	48	53	46	+ 5	- 7
Neue Mittelschicht (Aufsteiger)	35	53	30	+18	-23
Alte, bürgerliche Mittelschicht	21	34	25	+13	- 9
Katholischer Traditionsbereich	14	19	12	+ 5	- 7

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet, 1965 und 1972, jeweils 3. Quartal, 1990 4. Quartal.

Beweggründe für das Votum 1990

Freilich dauern die Entfremdung zwischen SPD und Gewerkschaften und ihre Kooperationskrise schon geraume Zeit und hatten vielfältige Gründe. Die Unfähigkeit, in der neuen politischen Situation das historische Bündnis im Kampf um den gerechteren Weg in die deutsche Einheit wieder zu beleben, offenbart jedoch ein Dilemma beider Organisationen: Die vom DDR-Volk erzwungene Öffnung der Grenzen mit der Folge des Zusammenbruchs des SED-Regimes und die Tatsache, daß nichts mehr so blieb, wie es war, haben die historische Existenzberechtigung des vormundschaftlichen Sozialismus prinzipiell in Frage gestellt und damit auch staatliche Planung und Interventionismus - Politikmodelle der Linken. Nachträglich wurde zudem die Annäherung der SPD an die SED, etwa in gemeinsamen Schriften zu einer neuen Streitkultur, oder des DGB an den FDGB, beispielsweise in antifaschistischen Aktionen oder Freundschaftskontakten, als antiemanzipatorisch und antidemokratisch entlarvt. Nicht von ungefähr hat die vom SED-Staat korrumpierte Gewerkschaftsbewegung der DDR in der Konstituierungsphase der neuen Demokratie keine Rolle gespielt. Und nur zögerlich hat sich die westdeutsche Linke, SPD wie Grüne, mit dem Verlust der Zweistaatlichkeit abgefunden, weil sie den ebenso revolutionären wie basisdemokratischen Kern der Ein-

heitsbewegung nicht wahrnehmen mochte und - wohl zu Recht - in einem durch den Materialismus der DDR-Bevölkerung zunächst erzwungenen sozialen Rückschritt um die postmateriellen Errungenschaften der alten BRD fürchtete.

Das Volk in der DDR hatte seine Sprache wiedergefunden, aber am wenigsten glücklich schien darüber die Linke, die aus Routine wie Gedankenlosigkeit und ohne Schuldgefühl gleichwohl auch nicht die Bürgerbewegungen im Kampf um einen besseren eigenen Staat unterstützte. Das „Zurück nach Europa“, das 1989/90 auch Tschechoslowaken, Ungarn und Polen in ihrem Kampf für demokratische Freiheiten und Selbstbestimmung beflügelt hatte, wurde bei den eigenen Landsleuten als Nationalismus beargwöhnt, bestenfalls als DM-Nationalismus klassifiziert und nicht als Ausdruck kultureller Zusammengehörigkeit begrüßt. Die SPD mochte die Demokratiebewegung in der DDR nicht als historisches Erbe ihrer eigenen Ostpolitik anerkennen und auch nicht die ebenso poetische wie politische Formel Willy Brandts „Was zusammengehört, wird zusammenwachsen“ aufgreifen. Die Wahlberechtigten in Ost und West haben diese Haltung auf ihre Weise am Wahltag quittiert.

Chancen, die Politik an den Menschen vorbei wieder zu korrigieren, sind indes gegeben. Allerdings sind für jene Zeit, in der am aktivsten an der Ausgestaltung der deutschen Einheit gearbeitet wird, die politischen Kräfteverhältnisse auf die Konservativen und Liberalen festgeschrieben. Im Wahljahr 1990 hatte die Union einen hohen Kompetenzvorsprung bei der Frage, wer am besten in der Lage sei, die deutsche Einheit zu vollenden beziehungsweise für die Sicherheit von Arbeitsplätzen zu sorgen. Im Osten sah man in der CDU noch eindeutiger die geeignete Kraft für die Gestaltung der deutschen Einheit; was die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt und die Fähigkeit, diese Aufgabe zu bewältigen, war man indes hier etwas weniger von den Christdemokraten überzeugt, als das im Westen der Fall war. Für die SPD sprach sich jeweils nur ein Fünftel bis zu einem Drittel aus. Mehr Vertrauen mobilisierten die Sozialdemokraten jedoch in der Frage der sozialen Sicherung. Hier erzielten sie einen leichten Vorsprung im Westen, fast einen Gleichstand mit der CDU in der alten DDR.

Parteienkompetenz:

Wer ist besser in der Lage, die anstehenden Probleme und Aufgaben zu bewältigen?

	Deutsche Einheit		Arbeitsplätze		Sozialpolitik	
	West %	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %
CDU/CSU	56	62	54	44	39	39
SPD	32	20	32	30	44	37
SPD-Vorsprung	-24	-42	-22	-14	+ 5	- 2

Quelle: infas-Repräsentativerhebung in den alten sowie in den neuen Bundesländern, November 1990.

So zeichnen sich zwei Lager ab, die auf dem Weg in die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West und damit auch für politisches Verhalten künftig bedeutsam werden könnten: Die unterschiedliche Zuweisung von wirtschafts- und sozialpolitischer Kompetenz. Die Wiederbegegnung mit der deutschen Vergangenheit führt zu dem paradoxen Resultat: Zukunft bei den Wählern läßt sich nur durch zeitgemäßes Handeln gewinnen. Als Interessenvertretung mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs könnte es der SPD vielleicht gelingen, sich nachträglich, wenn die Folgen der deutschen Einheit sichtbar werden, als Partei der besseren Vereinigung darzustellen. So lange möchte die IG Metall - angesichts der bevorstehenden großen Umverteilungsfragen - nicht warten.